Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 41 (1947)

Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : "Die Wirtschaft ist unser Schicksal" ; Vor einem neuen Hungerwinter ; Hilfe von Amerika? ; USA im Vorstoss ; Russischer Gegendruck ; Der Kampf Grossbritanniens ; Frankreich-Italien ; Der Streit um Deutschland ; Deutsche Geistesverfassung...

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-138985

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltrundschau

„Die Wirtschaft ist unser Schicksal"

Seit ich vor zwei Monaten die letzte Rundschau schrieb, haben sich auf der politischen Weltbühne – abgesehen von Indien – keine grundlegenden Änderungen vollzogen. Hingegen haben in der Berichtszeit die *wirtschaftlichen* Fragen derartig an Bedeutung gewonnen, daß ihre Eigenschaft als Schicksalsfragen der Völker – auch von der Politik her gesehen – jedem Beobachter in die Augen springen muß. Darüber braucht man sich auch wirklich nicht zu wundern. Wir haben der Wirtschaft allzulang einen falschen Platz in unserem Denken und Handeln angewiesen. Entweder haben wir ihre tatsächliche Bedeutung für das ganze Leben und Zusammenleben der Menschen in übel angebrachtem Idealismus verkannt und die drängenden wirtschaftlich-sozialen Aufgaben unwillig oder hochmütig auf die Seite geschoben, ihre Bewältigung damit untermenschlichen, dämonischen Mächten überlassend; oder aber wir haben in nicht weniger törichtem Materialismus die Wirtschaft an und für sich, insbesondere den Erwerb wirtschaftlicher Güter, in den Mittelpunkt unseres Daseins gestellt und damit die Wahrheit aus den Augen verloren, daß eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme nur von einem außer- und überwirtschaftlichen Standpunkt aus möglich ist, nur auf dem Boden einer Lebensanschauung, die anerkennt, daß die wahren Realitäten geistiger und sittlicher Natur sind, und der es klar ist, daß die Dinge der Wirtschaft ganz von selber in Ordnung kommen, wenn zuerst einmal jenen tiefsten Realitäten ihr volles Recht gegeben wird.

Die Wirtschaft hat sich für diese Mißachtung und Mißhandlung gerächt. Sie hat uns mit letztem Ernst vor die unausweichliche Notwendigkeit gestellt, ihr von außen und oben her das Gesetz ihres Wirkens aufzuerlegen, und sie hat uns mit fürchterlicher Eindeutigkeit gezeigt, wohin es führt, wenn wir ihre Werte und Güter eigenwillig überschätzen oder gar verabsolutieren. Die fast ausweglose wirtschaftliche und soziale Not, die jetzt über die Völker gekommen ist, muß uns darum zu einer radikalen, also an die Wurzel des Übels gehenden Änderung unserer Haltung gegenüber den wirtschaftlichen Dingen führen – oder es wird mit dem Zerfall der wirtschaftlichen Grundlagen auch ihr ganzer Überbau, namentlich unsere geistige Kultur und unsere politische Lebensform, zusammenbrechen.

Vor einem neuen Hungerwinter

Wie weit es gekommen ist, geht aus der jüngst getanen Äußerung Sir John Boyd Orrs, des Leiters der Lebensmittel- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, hervor, daß zu unseren Lebzeiten die verfügbaren Nahrungsvorräte niemals die Bedürfnisse aller

Völker zu befriedigen imstande sein würden – dies in einer Welt, die bei geordneter Erzeugung und gerechter Verteilung tatsächlich einer unbegrenzten Wohlstandssteigerung fähig wäre. «Im nächsten Winter und Frühling», so sagte Orr, «werden viele Millionen in Europa schlechter ernährt sein als während des Krieges. In Asien, wo Hunger und Unterernährung so lange das Los der Mehrheit der Bevölkerung waren, besteht wenig Hoffnung auf Besserung in diesem Jahr.»

Die auf Einfuhr angewiesenen Länder brauchen im Erntejahr 1947/48 in der Tat 50 Millionen Tonnen zusätzliches Getreide, eine Menge, die bei weitem nicht verfügbar sein wird. Ausfuhrüberschüsse werden voraussichtlich nur die Vereinigten Staaten, Argentinien und die Sowjetunion haben; aber diese «freien» Vorräte werden lange nicht für die Versorgung aller Notstandsgebiete ausreichen (obwohl vor allem die amerikanische Union mit ihren 3000 Kalorien pro Kopf und Tag an die übrige Welt, die es im Durchschnitt auf höchstens 2000 Kalorien bringt, noch viel abgeben könnte) und dürften darum im wesentlichen nach politischen oder geschäftlich-finanziellen Gesichtspunkten verteilt werden. Worauf man sich unter diesen Umständen in den nächsten Monaten gefaßt machen muß, das lehren schon jetzt die Hungerdemonstrationen und die wilden Kämpfe um die noch greifbaren Lebensmittel, die sich in Frankreich und Italien abspielen, nicht zu reden von der eher schlechter als besser werdenden Ernährungslage in Deutschland und Österreich und in den von Mißwachs besonders schwer heimgesuchten Ländern Süd- und Ostasiens. Wie soll das erst im strengen Winter werden! Die Kinder, die Alten und die Schwachen werden die ersten Opfer sein.

Hilfe von Amerika? Nun winkt zwar immer noch verheißend die in Form der *Marshall-Offerte* in Aussicht gestellte Hilfe, die das kriegsbereicherte Amerika einem Europa leisten wolle, das sich auch wirklich selber zu helfen bemühe. Aber auf die erste Begeisterung, die der Marshall-Plan hervorgerufen hat, ist – wie gleich befürchtet werden mußte – rasch die Ernüchterung gefolgt. Wohl ist während der letzten paar Monate von den Kommissionen und Sachverständigen, die in der Pariser Sommerhitze zusammensaßen, fleißig gearbeitet worden, und die Abgabe des zusammenfassenden Schlußberichtes scheint bereits unmittelbar bevorzustehen. Ohne Zweifel wird darin auch eine ganze Menge guter Vorschläge dafür enthalten sein, wie *bis 1951* Europa wieder auf die Beine gestellt werden könne, wie Vollbeschäftigung zu sichern, wie eine allgemeine Finanz- und Währungssanierung zu bewerkstelligen, wie eine europäische Zollunion zu schaffen sei und was solcher Reformmaßnahmen mehr sind – alles unter der Voraussetzung natürlich,

daß es die Vereinigten Staaten nicht zuviel kostet. Denn in Paris scheint sich hinter den Kulissen ein höchst unerquickliches Markten um die Höhe des Betrages abgespielt zu haben, den Westeuropa als von Amerika zu deckendes Defizit seines Wirtschaftsbetriebes angeben solle, und es bedurfte offenbar eines recht ungeniert ausgeübten Druckes der Abgesandten Washingtons, um die Konferenz zu einer Herabschraubung des mutmaßlichen Fehlbetrages von 29 auf höchstens 20 Milliarden Dollar zu bewegen. Das eröffnet nicht gerade die schönsten Aussichten auf die Großherzigkeit – oder soll man lieber sagen: den Weitblick? – des amerikanischen Onkels. Immerhin: bis zu einem bestimmten Betrag werden die Vereinigten Staaten mit ihrer Europahilfe wenigstens innert der nächsten vier Jahre ohne Zweifel zu gehen bereit sein, und dafür werden die Nutznießer dereinst sicher dankbar sein.

Aber was haben all diese gewiß interessanten Pläne mit der Milderung der *unmittelbaren* Not zu tun, von der die außeramerikanischen Völker betroffen sind? Was mit der Abwendung einer allgemeinen europäischen Wirtschaftskatastrophe, die schon für die nächsten sechs bis zwölf Monate droht? In den verantwortlichen Kreisen Washingtons gibt man sich denn auch durchaus Rechenschaft darüber, daß die amerikanische Hilfe *schnell* kommen muß, wenn sie überhaupt noch wirksam sein soll; doch steht noch keineswegs fest, ob auch die Bundesversammlung rechtzeitig und in ausreichendem Maße die Mittel bewilligen wird, die für eine vorläufige Rettung der hungernden Völker erforderlich sind. Was man über den neu auflebenden, kaltschnäuzigen Isolationismus hört, der jetzt drüben um sich greife, ist nicht gerade geeignet, große Hoffnungen zu wecken.

Was aber die auf weitere Sicht angelegten Wiederaufrichtungspläne betrifft, die jetzt geschmiedet werden, so muß an das in der letzten Rundschau Gesagte erinnert werden: daß nämlich Amerika seine Hilfe keineswegs ohne Bedingungen und Hintergedanken zu gewähren bereit ist, vielmehr *ganz bestimmte wirtschaftliche und politische Ziele* damit verbindet. Europa, genauer das außerhalb der russischen Einflußzone gelegene Europa, soll ja nach amerikanischer Vorstellung durchaus im Geiste der «free enterprise», das heißt des orthodoxen Kapitalismus, wirtschaftlich wieder in Gang gesetzt werden, unter Ablehnung jeglicher Unterstützung an sozialistische oder sozialistelnde Regierungen[1]. Und dieses Europa soll, wie ganz offen aus-

[1] Im «Wallstreet Journal», also einem maßgebenden Organ der New Yorker Finanzwelt, wurde kürzlich verkündet: «Keine zusätzliche Hilfe in irgendeiner Form für England, bevor nicht diejenigen, die unfähig sind, die britische Produktion zu organisieren, ihre Posten an jene abgeben, die das leisten können!» Ähnlich äußerte sich der Präsident der Unternehmerverbände der verarbeitenden Industrie, R. Watson, der hinzufügte, das Fehlschlagen des sozialistischen Experiments in Großbritannien sei nur durch die amerikanische Anleihe vom vergangenen Jahr verzögert worden.

gesprochen wird, gleichzeitig zu einem *Bollwerk*, einem der mächtigsten und wichtigsten sogar, *gegen die Sowjetunion* ausgebaut werden für den Fall, daß es früher oder später zu dem bewaffneten Endkampf zwischen Ost und West, zwischen Kommunismus und Kapitalismus kommen sollte, den in Amerika so viele gar nicht einflußlose Menschen für unvermeidlich ansehen. Das ist mindestens die leitende Idee des Dulles-Plans, von dem hier wiederholt die Rede war; das ist aber auch mehr und mehr die Linie der amtlichen Außenpolitik des Staatsdepartements, zu dessen gehörtesten Beratern ja John Foster Dulles schon seit Jahren zählt. Bemerkenswerterweise konnte das Mitteilungsblatt des von großindustriellen Kreisen unterhaltenen «Amerikanischen Forschungsinstitutes» (Research Institute of America), das sich «Vierzehntägige Analyse der Vorgänge in Regierung und Wirtschaft mit vertraulichen Empfehlungen für Geschäftspläne» nennt und sich meistens als ungewöhnlich gut im Bild über die Tendenzen der amerikanischen Politik erwiesen hat, schon vor ein paar Monaten schreiben:

«Minister Marshall hat jetzt einen Stab an der Arbeit. Noch sind keine Einzelheiten bekannt, aber der Aktionsplan im ganzen ist ziemlich klar. Die Truman-Doktrin wird jetzt überholt und wird ein neues Gebiß bekommen. Das Hilfsprogramm für Griechenland und die Türkei wird sich lediglich als die Spitze eines gigantischen neuen Planes erweisen, eines vielseitigen Vielmilliarden-Programms, um Westeuropa rasch wieder auf die Beine zu bringen – bevor Rußland neue Schachzüge machen kann. Die Frage ist, ob das alles nicht schon zu spät kommt, so wie die Truman-Doktrin selbst anscheinend zu spät gekommen ist. Aber Washington macht jedenfalls vorwärts und arbeitet diesmal folgende Politik heraus:

Die Vereinigten Staaten werden die Rechnung zu begleichen haben, einerlei, wie groß sie sein wird; und wahrscheinlich werden wir uns tief in die innerwirtschaftliche Planung der westeuropäischen Länder einlassen müssen. Wir werden nicht bloß Geld auszahlen dürfen; wir werden es in der Hand behalten, bis wir sicher sind, daß es ausgegeben wird, wo und wann es am meisten Gutes stiftet. Wir werden nicht bei direkter Hilfeleistung stehen bleiben; unser Programm geht über Lebensmittel, Kleider und Medizin hinaus. Es bedeutet die Ingangsetzung ganzer Volkswirtschaften.

Kurz, wir streben nach der Gewinnung der wirtschaftlichen Führung der ganzen nichtrussischen Welt – und damit wird uns vielleicht auch die politische Führung zufallen. Die Bundesversammlung wird im Herbst wahrscheinlich zu einer Sondertagung einberufen werden. Inzwischen wird die Regierung alles tun, was sie kann, um in der Öffentlichkeit Verständnis und Unterstützung für ihren neuen Leih- und Pachthilfeplan zu gewinnen.»

Daß der Marshall-Plan tatsächlich in dieser Richtung zielt, scheint auch die Meinung des bisherigen Wirtschaftsberaters der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, des Generals *Draper*, zu sein, der kürzlich erklärte, die neue politische Linie der Vereinigten Staaten gehe darauf aus, die harten Bedingungen des ehemaligen Morgenthau-Planes und des Potsdamer Abkommens durch die Grundsätze des Marshall-Planes zu ersetzen. Eva Putnam bemerkt dazu in der «New Republic»:

«Fast ohne Ausnahme haben die Leute wie Draper (Teilhaber eines New Yorker Bankhauses, das besonders auch auf die Finanzierung deutscher Industriekonzerne

spezialisiert ist. H. K.), die sich konsequent für den Wiederaufbau der deutschen Industriemacht eingesetzt haben, vorsichtig, aber klar von der Notwendigkeit gesprochen, Deutschland als Bollwerk gegen die Sowjetunion wieder aufzurichten. Bollwerk, so glaube ich, ist ein Ausdruck, den sie in seinem streng militärischen Sinn gebrauchen ... Es ist klar ersichtlich, daß die Bollwerkbauer an den Stellen, wo die amerikanische Außenpolitik gemacht wird, den vorherrschenden Einfluß besitzen und sich in den Marshall-Plan eingeschaltet haben. Wenn es kein Potsdamer Abkommen mehr gibt und der Wiederaufbau Deutschlands ein notwendiger Bestandteil des Marshall-Planes ist, dann kann die Novembertagung des Außenministerrates, an der Deutschlands Zukunft besprochen werden soll, leicht eine nutzlose Sache werden.

Ein Freund, der kürzlich, nach mir, aus Berlin zurückgekehrt ist, ist überzeugt, daß die Novembertagung der Außenminister überhaupt nicht stattfinden wird. Er ist überzeugt, daß die Politik der Vereinigten Staaten, die darauf ausgeht, Westdeutschland als Bollwerk gegen die Sowjetunion aufzubauen, bereits zu weit vorgeschritten ist, als daß sie noch irgendwelche Möglichkeit für ein Viermächteabkommen böte.»

USA im Vorstoß Besteht aber nicht doch irgendwelche Aussicht, daß in der amerikanischen Politik in Bälde ein *Umschwung* eintritt? Ich bin sicher, daß ein solcher Umschwung kommt. Aber ich glaube nicht, daß er vor der nächsten *Wirtschaftskrise* in den Vereinigten Staaten kommt. Solange die gegenwärtige Hochkonjunktur anhält, sieht die Mehrheit der Amerikaner nicht den mindesten Grund, das Regime zu wechseln. Die Geschäftsgewinne wachsen ja immer noch über jedes vernünftige Maß hinaus. Schon im Jahre 1945 betrugen die Profite der Aktiengesellschaften, nach Abzug der hohen Steuern, 8,9 Milliarden Dollar, gut doppelt soviel wie im letzten Vorkriegsjahr. 1946 stiegen sie auf 12,5 Milliarden, was einer Zunahme um 40 Prozent entspricht. Und bis Mitte 1947 schnellten sie um abermals 40 Prozent hinauf, so daß sie bis Jahresende an die 17,5 Milliarden erreichen dürften – eine geradezu märchenhafte Rekordzahl. Und doch steht diese ganze Überkonjunktur auf schwachen Füßen. Daß in absehbarer Zeit eine schwere Depression kommen wird, ist nur zu wahrscheinlich und jedenfalls die Überzeugung der meisten Wirtschaftsbeobachter[1]. Der Marshall-Plan wird sich vermutlich viel zu langsam auswirken, um diese Entwicklung mehr als bloß vorübergehend aufzuhalten; die nichtamerikanische Welt wird, trotz allen Dollareinspritzungen, zu schwach sein, um die ausfuhrfähigen amerikanischen Industriegüter und Landwirtschaftserzeugnisse in großem Maßstab erwerben zu können, und dann wird eben ein Preiszusammenbruch, ausgehend vielleicht wiederum – wie 1929 – vom landwirtschaftlichen Sektor, kaum zu vermeiden sein. Ob es erst in den fünfziger Jahren so weit sein wird oder schon vorher, spielt dabei keine wesentliche Rolle. Die entscheidenden Maßnahmen, um die Krise, wenn nicht zu verhindern, so doch abzuschwächen, müßten jedenfalls schon jetzt oder spätestens im nächsten Jahr getroffen werden – aber

[1] Vergleiche dazu Fritz *Sternbergs* neues Buch «The coming crisis», das für diese Erwartung die stärksten und eindrucksvollsten Beweisgründe anführt.

sie werden natürlich nicht getroffen werden. Die nominell noch regierende Demokratische Partei wäre auch bei bestem Willen nicht imstande, sie durchzusetzen, und die Republikaner *wollen* überhaupt nichts von einer Wirtschaftszügelung wissen, die irgendwie an den verhaßten New Deal erinnern würden. Eine dritte Partei aber steht noch in weitem Feld; gewisse Versuche, die in den vergangenen Monaten in verschiedenen Einzelstaaten, so in Kalifornien und Illinois, nach dieser Richtung hin unternommen wurden, sind wiederum nicht über begrenzte regionale Anfänge hinausgekommen.

Nicht einmal die Einigung der beiden großen Gewerkschaftsbünde, in welche die amerikanische Arbeiterbewegung aufgespalten ist, hat in der letzten Zeit wesentliche Fortschritte zu machen vermocht. Zwar hat sich unter dem Druck des gewerkschaftsfeindlichen Taft-Hartley-Gesetzes eine gemeinsame Front des (alten) Gewerkschaftsbundes und des Bundes der Industrieorganisationen (CIO) zu bilden begonnen, die auf die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen hin alle Freunde des neuen Gesetzes unerbittlich bekämpfen will. Auch haben die organisierten Arbeiter, vor allem die der Kohlen- und der Automobilindustrie, im Laufe des Sommers eine Reihe bedeutender gewerkschaftlicher Erfolge zu erringen vermocht – Lohnerhöhungen, Alterspensionen usw. –, die im Herbst und Winter ihre Fortsetzung in andern Wirtschaftszweigen finden dürften. Aber bis die Radikalisierung der amerikanischen Gewerkschaften, die jetzt im Gange ist, ihren Ausdruck in einer förmlichen Verschmelzung der beiden Spitzenverbände und gar in ihrer Beteiligung an der Schaffung einer großen demokratisch-sozialen Fortschrittspartei finden wird, kann noch viel Wasser ins Meer fließen.

So ist durchaus damit zu rechnen, daß die gegenwärtige Linie der amerikanischen Politik, namentlich auch die von mächtigsten Interessentengruppen getragene Außenpolitik, auf manches Jahr hinaus ungestört weitergeführt werden wird – mit den sich daraus ergebenden unvermeidlichen Wirkungen auf die Weltlage. Die schon jetzt mit Hochdruck betriebene militärische Aufrüstung wird konsequent fortgesetzt werden; die Luftstreitkräfte der Kriegsmarine allein kosten jetzt schon so viel wie vor dem Krieg die ganze Marine überhaupt, die heute so stark ist wie sämtliche übrigen Flotten der Welt zusammen, während die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auch für Friedenszeiten die Landarmee auf einen Stand bringen soll, der jeglicher Bedrohung schon von vornherein gewachsen wäre. Gleichzeitig wird der Ausbau des Netzes militärischer Stützpunkte in allen strategisch «interessanten» Ländern und Meeren tatkräftig weiterbetrieben, wird die Politik der «einheitlichen Verteidigung der westlichen Halbkugel», die von Präsident Truman neuerdings in Rio de Janeiro verkündet wurde, zielbewußt erweitert, werden Militärmissionen in die lateinamerikanischen

Staaten entsandt, welche die Gleichschaltung der Bewaffnung und der militärischen Ausbildung mit derjenigen Nordamerikas sicherstellen sollen[1] – lauter Anzeichen dafür, was in der nächsten Zeit von den Vereinigten Staaten weltpolitisch zu erwarten ist. Und leider muß man Henry *Wallace* recht geben, der befürchtet, daß auch der Marshall-Plan, so große Möglichkeiten er anfangs in sich zu bergen schien, mit einem Mißerfolg enden und die Teilung der Welt in zwei Lager nur weiter fördern werde, solange die hinter ihm stehende Weltanschauung der Truman-Doktrin nicht verleugnet werde. Auf Grund dieser Weltanschauung, so schreibt Wallace in seiner «New Republic»,

«haben wir die reaktionärsten Kräfte in Europa unterstützt und die Leiden der verstockten Deutschen beklagt, während wir gleichzeitig die Bedürfnisse unserer Alliierten mißachtet haben. Auf Grund derselben Weltanschauung werden wir wohl Westeuropa und besonders Deutschland als Bollwerk gegen Rußland aufzubauen trachten, ohne doch irgendwie die Absicht zu haben, diese Gebiete zu verteidigen, falls es zum Kriege käme. In diesem Sinne wird unsere Hilfeleistung von Amerikanern durchgeführt werden, die der in Europa mehr und mehr zur Norm werdenden Nationalisierung der Industrie feind sind. Wir werden vielleicht einen endgültigen Bruch mit Rußland erzwingen, indem wir Rußland und Osteuropa die Ausnützung der deutschen Industrieproduktion verweigern. Wir werden vielleicht die westeuropäische Industrie von den osteuropäischen Märkten absperren und damit einen Kampf um den Absatz zwischen Westeuropa, Großbritannien und Amerika, verbunden mit Arbeitslosigkeit, heraufbeschwören. Wir werden dem sozialen Fortschritt in Großbritannien und Frankreich einen unerträglichen Druck entgegensetzen, und die Demokratie wie die Vereinten Nationen werden geschwächt werden in dem Maße, wie die beiden Welten mit umfassenden Kriegsvorbereitungen beginnen werden.»

Russischer Gegendruck Amerika stellt mit seinem durch den Krieg gewaltig gestärkten Kapitalismus in der heutigen Welt unzweifelhaft ein dynamisches Element erster Ordnung dar. Sein großer Gegenspieler, die Sowjetunion, muß sich demgegenüber, schon infolge des furchtbaren Aderlasses, den sie im Krieg erlitten hat, auf alle absehbare Zeit mit einer vorwiegend statischen Rolle begnügen. Rußlands Hauptanliegen ist und bleibt

[1] Oswald Garrison *Villard*, der alte Vorkämpfer besten amerikanischen Liberalismus', bemerkt zu dieser «Missionsarbeit» in den «Peace News»: «Daß sie (die nordamerikanischen Militärmissionen) den Militärgeist lebendig erhalten werden, daß sie die bestehenden Diktaturen – in Argentinien, San Domingo und anderwärts – stärken und vermehrte Kriegsgefahren zwischen den Republiken schaffen werden, liegt auf der Hand. Der Diktator von San Domingo ist tatsächlich eine Kreatur des amerikanischen Marinekorps. Der Sturz der Regierung von Nicaragua durch das Militär ist nur einer von hundert solcher Zwischenfälle. Überall in Süd- und Mittelamerika ist das Militär der größte Feind der Demokratie gewesen. Jetzt sind wir daran, es mit unseren neuesten Waffen auszurüsten, seine Piloten in den Vereinigten Staaten auszubilden und so die Geschäfte unserer Flugzeugfabriken zu besorgen, die jetzt, mit dem Aufhören der Kriegsaufträge, fast zugrunde gehen. Das ist das Bild, das die Vereinigten Staaten darbieten nach ihren ‚glorreichen Siegen' in einem Krieg, der allem Krieg und Militarismus, der allen Diktatoren und Angreifernationen ein Ende setzen sollte.»

sein Schutz vor einem allfälligen militärischen Angriff des westlichen Kapitalismus und Imperialismus und seine Sicherung gegenüber den zu erwartenden neuen Erschütterungen der westlichen Welt durch eine nächste große Wirtschaftskrise. Beide Beweggründe, namentlich der zweite, haben dazu beigetragen, daß sich Rußland und die von ihm abhängigen Länder von den Vorarbeiten für die Durchführung des Marshall-Planes fernhalten. Ich halte das, wie schon im Juli/August-Heft bemerkt, für einen Fehler; statt sich vor einer Einmischung des zu schaffenden neuen Wirtschaftsorganismus in die «inneren Angelegenheiten» der Oststaaten zu fürchten, hätte die Sowjetunion die Gelegenheit erfassen sollen, eine von *sozialistischen* Gesichtspunkten ausgehende Wirtschaftsplanung für Europa zu propagieren und womöglich durchzusetzen. Allein das ändert nichts an der Tatsache, daß die Sowjetunion nun eben darauf ausgeht, einen von ihr selbst beherrschten großen *östlichen Wirtschaftsraum* zu organisieren, der von Berlin bis Wladiwostok und vom Eismeer bis an die Aegäis und die Adria reichen und, sich selbst genügend, mit seinem Reichtum an Acker- und Weideboden, an Rohstoffen und Industriekräften von den zerstörenden Kräften des westlichen Kapitalismus im wesentlichen unabhängig werden soll. Daß die Erreichung dieses Ziels im Bereich des Möglichen liegt, ist keine Frage; ganz abgesehen von den noch weithin unerschlossenen Riesengebieten der Sowjetunion selber, die einen vollen Sechstel der Erdoberfläche umfassen, ist auch die Wirtschaft der Rußland nach Westen hin vorgelagerten und mit ihm mehr und mehr verbundenen Länder – denken wir bloß an Rumänien und die Tschechoslowakei, aber auch an Ostdeutschland – einer derartigen industriellen Entwicklung fähig, daß der Aufbau eines mächtigen östlichen Wirtschafts- und Staatenbundes alles andere als eine in den Wolken schwebende Utopie ist. Und die Absage der Sowjetunion an die europäische Wirtschaftskonferenz erscheint von hier aus wenn nicht gerechtfertigt, so doch verständlich. Das stellt auch der Chefredakteur des «New Statesman», Kingsley Martin, fest, wenn er auf Grund von Eindrücken, die er auf einer Reise durch Polen und die Tschechoslowakei gewonnen hat, schreibt:

«Ich habe mir eine klare Vorstellung von den wirklichen Gründen des slawischen Fernbleibens von Paris gebildet. Die Russen fürchten zweifellos, wenn die östlichen Staaten in die Auseinandersetzungen hineingezogen würden, so könne ihre ausschließliche Treue zu Rußland durch Dollars untergraben werden. Dazu kommt aber ein weiterer, wichtiger Beweggrund. Man glaubt in Osteuropa, daß zwischen Großbritannien und Amerika bereits alles abgemacht sei, und daß die Verteilung des Geldes zwischen Ost und West, so wie sie vom (amerikanischen) Kongreß zu beschließen sei, eine Vereinbarung unter den Westmächten voraussetze in dem Sinne, daß Deutschland auf alle Fälle aufgebaut werden müsse, und daß in Umkehrung der Beschlüsse von Potsdam die besiegten Länder bei weitem den Vorrang genießen, die Oststaaten aber nur mit einem Mindestbetrag abgespiesen werden sollen. In diesem Falle wäre es für Rußland nutzlos und demütigend ge-

wesen, solchen Plänen entgegentreten zu wollen. ‚Es ist besser', wie ein führender polnischer Kommunist mir sagte, ‚bei einer derartigen Konferenzkomödie überhaupt nicht mitzumachen – das wäre nur als Schwäche erschienen – und dafür Amerika zu zeigen: Wir können auch ohne Dollars auskommen und auf eigenen Füßen stehen. Amerika wird uns besser verstehen, wenn wir zeigen, daß wir stark sind.'»

Wie dem auch sei: die Sowjetunion sucht sich *wirtschaftlich* zu sichern, indem sie einen vom westlichen Kapitalismus möglichst unabhängigen Großwirtschaftsraum aufbaut. Und sie sucht sich *politisch* zu sichern, indem sie dafür sorgt, daß an ihre Grenzen nur «zuverlässige» Staaten stoßen, die weder Werkzeug eines angelsächsischen Imperialismus noch solche eines einheimischen Faschismus werden können. Sie bedient sich dabei vor allem der kommunistischen Parteien der betreffenden Länder selbst – der jüngste Fall dieser Art ist Ungarn –, während die kommunistischen Parteien der übrigen, vor allem der west- und südeuropäischen Länder dafür zu sorgen haben, daß kein gefestigter Westblock gegen die Sowjetunion aufkommt, vielmehr die Politik der Weststaaten möglichst in Übereinstimmung mit der russischen Linie gebracht wird. Wobei im Hintergrund immer die Erwartung eines zunehmenden Versagens des westlichen Kapitalismus oder zum mindesten einer verhältnismäßig nahen Krise der amerikanischen Wirtschaft steht.

Daß in dieser ganzen Perspektive eine große Gefahr für den Westen liegt, habe ich hier immer wieder ebenso deutlich gesagt, wie daß der fortschreitende Zusammenbruch der kapitalistischen Welt für uns die größten Verheißungen enthält. Und ich habe darum auch immer wieder betont, wie falsch es sei, die kommunistische Drohung nur *negativ, defensiv* zu bekämpfen. Man wird dadurch lediglich an die Seite derjenigen Kräfte gedrängt, denen es mindestens ebensosehr um die Erhaltung der alten Gesellschaftsordnung zu tun ist wie um die Sicherung der politischen Volks- und Freiheitsrechte. Und man versäumt bei dieser Einstellung in fataler Weise gerade das für unsere Zeit Entscheidende: die Demokratie von ihrer geschichtlich bedingten Verbindung mit dem Kapitalismus zu lösen und sie mit dem Kampf für eine *sozialistische* Ordnung zu verbinden – einem Kampf, den wir mit ebensoviel, nein, mit viel größerer Entschlossenheit, Opferbereitschaft und Radikalität führen müßten, als ihn die Kommunisten für *ihr* Ziel führen[1]. Wenn wir den Kampf für eine sozialistische Welt und

[1]John *Fischer*, Mitredakteur von «Harpers Magazine», der großen amerikanischen Monatsschrift, der im Dienste der UNRRA ein Vierteljahr lang Rußland bereist hat, erklärt in einem Vortrag die Furcht vor dem westlichen Kapitalismus und seinen wirtschaftlichen und politischen Gefahren als eine der auffallendsten Erscheinungen des Sowjetlebens. «Ich glaube», so lautet seine Schlußfolgerung, «es gibt nur einen Weg, um die Russen von dieser Furcht vor einem ausländischen Angriff zu heilen, und das wird recht viel Zeit brauchen. Wenn wir durch die nächsten 15 Jahre ohne größere Krise kommen und ohne faschistisch zu werden, wenn wir eine Anzahl demokratische Mittel finden können, um die heftigen Schwankungen

die praktische Organisierung einer internationalen Planwirtschaft allzusehr den Kommunisten und der Sowjetunion überlassen, dann mag es freilich wirklich so herauskommen, daß wir nur mehr, wie die kommunistische These es will, die Wahl zwischen Faschismus und Kommunismus haben. Die Hinüberrettung der wertvollsten Errungenschaften einer tausendjährigen abendländischen Kultur in die neue Zeit wird nur möglich sein, wenn wir das große *Recht* des Kommunismus (in seinen besten Ausdrucksformen genommen), seinen scharfen Gegensatz zur kapitalistischen Welt und zu den in ihr wirkenden auflösenden und freiheitsfeindlichen Mächten aufs klarste bejahen, um damit seinem großen *Unrecht*, dem Versuch der Aufrichtung einer neuen Ordnung mit den Mitteln der alten Welt, vorab mit Gewalt und Knechtung, desto wirksamer entgegentreten zu können.

Der Kampf Großbritanniens

Die realpolitischen Aussichten für die Schaffung einer Kampffront, wie wir sie wünschen, werden sich in dem Maße erweitern, als die dem westlichen Kulturkreis angehörenden Völker, die politisch mehr oder weniger durch die Demokratie geformt worden sind, ihr Schicksal von demjenigen des Kapitalismus lösen und sich dem sozialistischen Gedanken verpflichten. Eine solche Wendung ist jetzt auch tatsächlich im Gang – am schwächsten bemerkbar in den Vereinigten Staaten, am weitesten fortgeschritten bei *Großbritannien* und dem britischen *Com-*

---

unserer Wirtschaft zu beherrschen und dabei einen verhältnismäßig hohen Beschäftigungsgrad, verbunden mit industriellem Aufschwung, festhalten, dann, so glaube ich, werden wir einwandfrei bewiesen haben, daß die kommunistischen Prophezeiungen alle falsch sind, und daß unser Gesellschaftssystem nicht so schlecht funktioniert, wie sie meinen.

Ich glaube, das ist die einzige Art Beweis, der von den Männern, die heute die Kommunistische Partei leiten, bereitwillig angenommen werden wird. Für bloße Wortargumente sind sie so gut wie unzugänglich, aber sie zögern selten, die marxistische Lehre zu revidieren, wenn sie auf irgendeine unbestreitbare Tatsache stößt. Sobald sie einmal mit eigenen Augen sehen, daß die westlichen Völker eine stabile Wirtschaft entwickeln können, die nicht in periodischen Krisen zusammenbricht und nicht alle zwanzig Jahre zu einer kriegerischen Explosion führt, dann werden sie, wie ich glaube, ihren Argwohn ablegen und auf etwas freundlicherer Grundlage mit uns zusammenarbeiten . . .

Der Kreml wird dann vielleicht merken, daß er sich nicht mehr weiter um die Ausdehnung seiner Sicherheitszone bemühen muß und es sich leisten kann, ein paar seiner Satellitenstaaten lockerer zu halten. Er wird vielleicht sogar ein gewisses Maß von Redefreiheit und Demokratie innert der russischen Grenzen riskieren.»

Das ist, soweit darin die Möglichkeit behauptet wird, Wirtschaftskrisen und Kriege zu verhindern, gleichzeitig aber doch den Kapitalismus aufrechtzuerhalten, reichlich naiv gedacht. Es könnte aber Menschen, die *nicht* an die «free enterprise» glauben, doch den Weg zeigen, um den Kommunismus durch die positive *Tat* zu überwinden.

monwealth überhaupt[1], auf dem deshalb eine besonders große Verheißung, aber auch eine besonders große Verantwortung ruht. Und gerade die Dauerkrise, die Großbritannien gegenwärtig durchmacht, kann dazu mithelfen, daß die Neuorientierung zunächst einmal der westeuropäischen Völkergemeinschaft rascher durchbricht, als dies sonst möglich wäre.

Ich habe die jüngste Zuspitzung dieser Krise in Großbritannien selbst miterlebt und würdige durchaus die außerordentlich schwierige Lage, in der sich das britische Volk und seine Regierung befinden. Aber ich bin auch überzeugt, daß Großbritannien seine heutige Krisensituation ebenso sicher wird meistern können, wie es die noch viel gefährlichere Krise nach Dünkirchen, mit der die jetzige Lage oft verglichen wird, gemeistert hat.

Die *Ursachen* der gegenwärtigen Schwierigkeiten sind freilich recht mannigfaltiger Art: Schwächung der Volkskraft und Wirtschaft Britanniens durch den Krieg, Rückgang der Produktionsleistung, Belastung durch die hohen Wehrmachts- und Besetzungskosten und namentlich Veränderung der ganzen wirtschaftlichen Stellung Großbritanniens in der Welt durch das Aufkommen junger Industriestaaten, durch die damit und wieder mit dem Krieg zusammenhängende Verknappung der Lebensmittel und Rohstoffe, durch die Verarmung Europas und Asiens, durch das gewaltige Übergewicht der Vereinigten Staaten und durch die tiefgreifende Umbildung des Empires. Die *Folge* war ein chronisches Defizit der Zahlungs- und besonders der Handelsbilanz (größere Einfuhr als Ausfuhr ohne ausgleichende Einnahmen aus Kapitalanlagen im Ausland, Schiffahrtsdienst usw.), das zuerst durch eine amerikanische Anleihe überbrückt werden sollte. Die Preissteigerung in den Vereinigten Staaten hat aber den Anleihensbetrag bedeutend früher erschöpft, als berechnet wurde, und zusammen mit der Bestimmung des Anleihensvertrages, daß englische Pfund vom 15. Juli dieses Jahres ab unbeschränkt in Dollars sollten umgetauscht werden können, die Dollarknappheit geradezu unerträglich verschärft.

Die Regierung sah sich darum, außer der einseitigen Aufhebung jener Umtauschbestimmung, zu einer Reihe von Notmaßnahmen gezwungen, wie Einfuhr- und Reisebeschränkungen, Devisensperre, Produktionssteigerung, Lenkung der Arbeitskräfte, Beschneidung der Militärausgaben, Ausfuhrförderung. Aber es liegt auf der Hand, daß diese Maßnahmen auf die Länge unzulänglich und auch innerlich viel zu zusamenhanglos sind, als daß sie die britische Wirtschaft auf einen neuen Boden zu stellen vermöchten. Mit wachsender Entschiedenheit wird darum in der Öffentlichkeit, besonders von der Labourlinken, ein großzügiger Plan für den Aufbau eines *von Amerika verhältnis-*

[1] Commonwealth gleich Großbritannien plus Dominien, eingeschlossen Südirland; Empire gleich Commonwealth plus Kolonien, Protektorate und Mandate.

mäßig unabhängigen Wirtschaftsgebietes verlangt, das Großbritannien und seine Kolonien, die Dominien und die Länder Westeuropas zu umfassen hätte und mehr und mehr nach sozialistischen Grundsätzen zu erschließen und zu verwalten wäre. Das setzt – namentlich auch wegen des notwendigen Zollausgleichs zwischen Empire und Europa – tief einschneidende Strukturänderungen, ja zum Teil revolutionäre Wandlungen voraus und verlangt von Großbritannien auf jeden Fall ein tatkräftiges Weiterschreiten auf der Bahn der Sozialisierung sowie besonders auch die Einbeziehung des Außenhandels in das System der gelenkten Wirtschaft. Aber nur mit einem solchen Ziel vor Augen wird das britische Volk dazu gebracht werden können, die Härten, die Mehrarbeit und die Einschränkungen der Übergangszeit willig zu ertragen. Und vor allem: nur so wird Großbritannien vom amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus mit seinen schweren Gefahren loskommen; nur so wird es ganz Westeuropa den Ausweg aus seiner Einklemmung zwischen die beiden Staaten- und Wirtschaftsblöcke im Osten und im Westen weisen können, von denen es mehr und mehr erdrückt zu werden droht. «Entweder werden wir ein Trabant und Pensionär der Vereinigten Staaten, oder wir kehren die ganze Richtung unserer Nachkriegspolitik um und gliedern uns (sinngemäß ist zu ergänzen: samt dem Empire) in Europa ein», stellte unlängst der «New Statesman» kategorisch fest. Und er hat damit kaum daneben getroffen.

Ob Großbritannien die Entschlußkraft aufbringt, um das Steuer seines Staatsschiffes so wuchtig herumzureißen, das ist jetzt freilich die große Frage. Bevin hat in seiner Rede am Gewerkschaftskongreß in Southport durchblicken lassen, daß auch ihm so etwas wie eine allbritische Wirtschaftsunion vorschwebe, aber doch in so unbestimmten Ausdrücken, daß damit ebensogut eine Abschließung auch gegen Kontinentaleuropa gemeint sein kann. Anderseits läßt die vom Kongreß angenommene Resolution, die sich vollkommen hinter Bevins Außenpolitik stellt, gerade diejenige Zielklarheit und Folgerichtigkeit vermissen, ohne die sich weder Großbritannien noch Gesamteuropa und seine Demokratie eine würdige Zukunft werden sichern können. Großbritannien wird sich auf alle Fälle grundsätzlich entscheiden müssen, welchen Weg es gehen will, und zwar sich *rasch* entscheiden müssen, wenn es nicht schwersten Schaden nehmen will. Mit bloßem Fortwursteln – viele Engländer halten das noch immer für die ihnen angemessene Methode – ist es diesmal bestimmt nicht getan.

Frankreich-Italien Von größter Wichtigkeit bleibt dabei natürlich dennoch, wie sich die Staaten des europäischen Festlandes zu der vor ihnen liegenden Möglichkeit stellen werden. Während die skandinavischen Länder sowie Holland und Belgien wohl schon heute für den Anschluß an eine umfassende west-

liche Völkergemeinschaft auf sozialistisch-planwirtschaftlicher Grundlage zu gewinnen wären (von der sich auch die *Schweiz* nicht dauernd fernhalten könnte, Neutralität und Kapitalismus hin oder her), liegt der Fall bei *Frankreich* und *Italien* viel verwickelter.

Beide Länder sind stärkster amerikanischer Versuchung ausgesetzt, weil sich beide, unter den Nachwirkungen des Krieges, in wirtschaftlich fast verzweifelter Lage befinden. Frankreich hat eine noch stärker defizitäre Zahlungsbilanz als Großbritannien. Die Dollarknappheit trifft es so schwer, daß es bereits auf seine bescheidene Goldreserve zu greifen gezwungen ist. Gleichzeitig sinkt neuerdings die Produktion in bedenklichem Maße, während die Preise beunruhigend steigen und sich die Lage der Staatsfinanzen zusehends verschlechtert, so daß unter dem Druck der anscheinend unaufhaltsamen Inflation die soziale Unrast und die politische Verwirrung von Monat zu Monat zunimmt.

Nicht besser steht es um Italien. Auch hier fortschreitende Verarmung, Inflation, Rohstoffmangel, Produktionsstockung, Verkehrszerrüttung, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Teuerungskundgebungen und politisches Chaos. Und im Hintergrund, hier wie dort, die Gefahr eines reaktionär-faschistischen Regimes, das, gestützt auf amerikanische Hilfe, nach griechischem und spanischem Vorbild den Kommunismus und Sozialismus zu liquidieren und wieder «freie Bahn dem Tüchtigen» zu schaffen hätte. Wobei die Vereinigten Staaten, wie der jüngste Briefwechsel zwischen Präsident Truman und Papst Pius zeigt, es nicht versäumen, sich auch der moralischen Unterstützung der *römischen Kirche* für den Kreuzzug gegen den Weltkommunismus zu versichern. «Unser gemeinsames Ziel», so schrieb der amerikanische Präsident, «ist es, den Glauben der Menschen zu wecken und zu stärken, daß unsere Generation ewige Werte zu erwerben hat – gleichgültig, was für Hindernisse auf dem Wege liegen oder sich erheben mögen.» Und der Papst antwortete mit einem Schreiben, dessen Sinn in der amerikanischen Presse mit folgender Titelzeile zusammengefaßt wurde: «Papst und Truman verpflichten sich zu gegenseitiger Hilfe – Ungenannter Feind ist natürlich Rußland.» Schöne Seelen finden sich . . .

Die Schwierigkeit des ganzen Planes ist nur, daß in Italien selbst wie noch mehr in Frankreich der gemeinsame Feind, zunächst die kommunistische Bewegung, trotz ihrer Ausschaltung aus der Regierung, eine Stärke aufweist, die ihre «Liquidierung» höchstens um den Preis eines verheerenden Bürgerkrieges erlaubte, und daß auch die sozialistischen Parteien, so weit nach rechts sie gerückt sein mögen, dennoch eine gesellschaftliche Kraft darstellen, deren Lähmung oder gar Vernichtung man sich nicht vorstellen kann und die sehr wohl einer überraschenden Erneuerung fähig ist. Der jüngste Parteitag der französischen Sozialisten hat – ähnlich wie es in Italien im Frühling der Fall war – eine ausgesprochen nach links, das heißt auf eine energische Weiterführung der Sozialisierungspolitik und eine Aktivierung der

Außenpolitik in demokratischem Geiste drängende Mehrheit ergeben, die nur deshalb vor einem offenen Bruch mit der Rechten und der Regierung Ramadier zurückscheut, weil ihr der Zeitpunkt für eine Neuorientierung der französischen Politik noch nicht gekommen scheint.

Die Lage würde sich aber sowohl in Frankreich wie in Italien rasch ändern, wenn von Großbritannien aus der Anstoß zur Schaffung eines mit dem Empire zu verbindenden sozialistischen Westeuropas käme. Die zurückgestellten oder rückwärts revidierten Sozialisierungspläne würden plötzlich wieder Leben bekommen, die Kräfte der Linken, eingeschlossen den fortschrittlich-sozialistischen Flügel des (katholischen) Mouvement Républicain Populaire, gewännen einen klaren gemeinsamen Kampfboden, die Gefahr von rechts würde zur Bedeutungslosigkeit herabsinken, und das ganze europäische Klima würde gesünder, sauberer, frischer werden, in zunehmendem Maße befreit von den Krankheits- und Todesstoffen, die es jetzt verpesten. Sollte eine derartige Wendung wirklich unmöglich sein?

Der Streit um Deutschland

Selbstverständlich würde unter diesen Voraussetzungen auch die *deutsche Frage* ein neues Gesicht bekommen. Ihr *jetziges* Gesicht ist ja freilich zum Erschrecken verzerrt. August Siemsen zeichnet es richtig, wenn er im «Anderen Deutschland» (Buenos Aires) schreibt:

«Deutschland, das Herzland Europas – die Tatsache läßt sich auf der Karte Europas nachprüfen, und ihre Leugnung ist sinnlos –, siecht dahin. Die Städte werden nicht wieder aufgebaut, die Bevölkerung haust zu einem großen Teil in Ruinen oder elenden Baracken, die Industrie kommt nicht in Gang, die notwendigen Importe von Lebensmitteln und Rohstoffen können deshalb nicht bezahlt werden, Hunger und Mangel an Kleidung vermindern die Arbeitsfähigkeit und die seelische Widerstandskraft. Und das Schlimmste ist, daß ein Ende dieses Zustandes nicht abzusehen ist, da im Streit der Sieger Deutschland nichts als Objekt und eventueller Schauplatz der neuen kriegerischen Auseinandersetzung ist. Woher soll der Mut zu positivem Aufbau kommen, wenn nichts feststeht über die endgültigen Friedensbedingungen und Lebensmöglichkeiten, die man den Deutschen auferlegen und gewähren will?

Solange man den Deutschen nicht die Möglichkeit gibt, durch eigene, noch so schwere Arbeit ihr Leben neu aufzubauen und die ihnen auferlegten oder aufzuerlegenden Verpflichtungen der Wiedergutmachung zu erfüllen, ist keine Änderung zu erwarten. Solange aber England bestrebt ist, die deutsche Konkurrenz durch Verhinderung der Produktion auszuschließen, solange Amerika Deutschland zu einer wirtschaftlichen Kolonie des amerikanischen Imperialismus machen möchte, solange Rußland bemüht sein muß, eine Konsolidierung Deutschlands und Europas nach den Plänen der Vereinigten Staaten, das heißt mit der Spitze gegen die Sowjetunion, zu verhindern, besteht keine Hoffnung auf eine Gesundung.»

Der Streit um Deutschland trennt in der Tat nicht nur Rußland und die Westalliierten, sondern auch die Westalliierten selbst untereinander. Frankreich will das Niveau der deutschen Produktion nicht allzu hoch angesetzt wissen, aus Furcht vor einem Wiederaufleben des deutschen Nationalismus und Militarismus, dessen furchtbares Werk-

zeug dann die voll ausnützbare deutsche Industrie wiederum würde. Es verlangt daher die Internationalisierung oder doch scharfe Kontrollierung der westdeutschen Industrie, während Amerika geneigt scheint, sie nominell in deutschen Händen zu lassen, aber durchaus unter Wiederherstellung kapitalistischer Besitzverhältnisse. England ist offiziell immer noch auf die Sozialisierung festgelegt, tatsächlich aber, mit Rücksicht auf die Vereinigten Staaten, längst zu einem Kompromiß bereit, der natürlich nur einer Verschiebung der Sozialisierung auf unbestimmte Zeit gleichkäme.

Wie sehr die *gegenwärtige* britische Außenpolitik sich immer noch von Amerika abhängig fühlt, zeigt neuerdings der zwischen den beiden angelsächsischen Mächten vereinbarte Plan für die Erhöhung des deutschen *Produktionsniveaus*. Er sieht die Produktion von gegen 11 Millionen Tonnen Stahl pro Jahr vor – eine erstaunlich hohe Menge – und eine Steigerung der Produktion der Metall-, Maschinen- und Chemieindustrie auf den Durchschnitt der Erzeugung des Jahres 1936, eines Jahres also, in dem das Kriegsrüstungsprogramm Hitlers in voller Ausführung begriffen war. Über den Protest Frankreichs und Rußlands ist man kühl hinweggegangen; die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands soll eben offenbar nach amerikanisch-kapitalistischem Plan, im Sinne der «Bollwerkbauer», vorgenommen werden, und die britische Labourregierung fühlt nicht die Kraft, dagegen ernstlich anzukämpfen. Was für einen Sinn da die Novemberkonferenz der alliierten Außenminister noch haben soll, und was sich Frankreich noch viel vom Marshall-Plan versprechen kann, wenn im Vordergrund die Ingangsetzung eines deutsch-amerikanischen Großkonzerns stehen soll, ist nicht leicht einzusehen.

Um so klarer ist es, daß von der Behandlung der deutschen Frage aus eine glückliche Wendung der europäischen Politik eintreten müßte, wenn Großbritannien festen Kurs auf ein im Zeichen einer sozialistischen Demokratie geeinigtes und mit seinem Empire föderiertes Westeuropa nähme. Nicht nur käme Deutschland in einer Weise wieder herauf, die für seine Nachbarn kaum mehr eine Gefahr bedeuten würde; auch der unselige Gegensatz der Westmächte zur Sowjetunion verlöre seine ärgste Schärfe und könnte allmählich einer vertrauensvolleren Zusammenarbeit Platz machen, die neben allem andern auch die Räumung Deutschlands wenigstens durch die alliierten Besatzungsarmeen (unter Aufrechterhaltung anderer wirksamer Kontrollen) und die Abschaffung des widersinnigen Zonenregimes ins Auge fassen könnte[1].

[1] Über die Verhältnisse in der *russischen* Zone Deutschlands vernimmt man immer wieder die gegensätzlichsten Berichte. Auf der einen Seite werden sie einem als die schlimmsten in ganz Deutschland geschildert, und Tatsache ist jedenfalls, daß die auf Reparationskonto erfolgte Abmontierung zahlreicher Fabriken und neuerdings großer Mengen von Eisenbahnmaterial das Wirtschaftsleben noch mehr zer-

Deutsche Geistesverfassung

Daß für eine solche Neueinstellung der Alliierten zum deutschen Problem eine entscheidende Änderung der Geistesverfassung des deutschen Volkes selbst maßgebende Voraussetzung ist, bedarf hier kaum mehr einer besonderen Begründung. Wir spähen in der Tat fortwährend nach einer solchen Änderung aufmerksam aus – und müssen immer wieder feststellen, daß die Dinge immer noch so ziemlich beim alten sind. Ich habe mir davon neuerdings beim Besuch einiger Dutzend von deutschen Kriegsgefangenenlagern in England und Schottland während fünf lehrreichen Sommerwochen Rechenschaft geben können. Man versteht gewiß die Erbitterung der ehemaligen deutschen Soldaten und Offiziere über ihre jahrelange Zurückhaltung als «Arbeitssklaven» in Großbritannien – die ohne Zweifel dem Völkerrecht widerspricht – und über die alliierte Mißwirtschaft in Deutschland. Allein auf der andern Seite fehlt diesen Männern, von Ausnahmen abgesehen, jedes tiefere Bewußtsein der ungeheuren Schuld gegenüber den *andern* Nationen, die das deutsche Volk durch seine passive oder aktive Unterstützung des Nazismus auf sich geladen hat. Tausend Gründe werden vorgebracht, um Deutschland zu entlasten und die Alliierten zu belasten, so daß zuletzt im Urteil der deutschen Gefangenen – wie sie mir auch oft genug klar heraussagten – überhaupt kein wesentlicher moralischer Unterschied zwischen der deutschen und der alliierten Politik übrig bleibt und der Krieg eigentlich jeden tieferen Sinn verliert, es sei denn, daß er einfach als der Kampf zweier Raubtiergruppen um ihren «Lebensraum» verstanden würde, in dem schließlich die Stärkeren und Zahlreicheren siegen mußten.

Erstaunlich war für mich immer wieder namentlich auch die Feststellung, wie weitgehend sich diese Deutschen mit dem Hitlerregime und seinen Taten solidarisch fühlen. Natürlich gab es nur wenige, die offen die Politik des Dritten Reiches verteidigten; aber ebenso wenige rückten davon so offen und ehrlich ab, daß man den Eindruck haben konnte: Jawohl, es hat sich im deutschen Denken doch Wesentliches geändert. Im Gegenteil: während für normal empfindende Völker die sogenannte

---

rüttet und die Ernährungsmöglichkeiten noch weiter verschlechtert hat. Anderseits scheinen in der russischen Zone grundlegende Reformen im Gange zu sein, die weit über alles hinausgehen, was in den andern Zonen geschieht, besonders auch im Schulwesen und in der Landwirtschaft sowie im Wohnungs- und Siedlungsbau (vgl. z. B. den Bericht von Heinrich Fränkel im «New Statesman» vom 30. August). Bemerkenswert ist auch, was der Berliner Korrespondent der amerikanischen Nachrichtenagentur Worldover Press, Henry Holm, meldet:

«Deutschland hat mit Verwunderung erfahren, daß die *Aufhebung der Todesstrafe* in der Sowjetunion selbst auf die russische Zone in Deutschland ausgedehnt worden ist, zum mindesten im Fall von Kriegsgerichtsurteilen ... Als die Abschaffung der Todesstrafe in Rußland angekündigt wurde, wurde als Grund angeführt, daß ‚solche Maßnahmen nicht mehr länger aufrechterhalten werden müßten, denn die Welt gehe einer langen Friedensperiode entgegen'.»

nationale Ehre das sauberste Abrücken von allem Verkehrten und Bösen verlangt, was die eigene Regierung tut oder getan hat, und den entschlossenen, rücksichtslosen Kampf dagegen erfordert, fassen die Deutschen jede Bloßstellung der deutschen Fehler und Verbrechen, jede klare Kennzeichnung des falschen Weges, den Preußen-Deutschland seit Jahrzehnten und Jahrhunderten gegangen ist, als einer tragischen Fehlentwicklung regelmäßig als Antastung ihrer Volksehre und Beleidigung ihres Patriotismus auf. Vollends die Erwähnung der eigentlichen deutschen Kriegsverbrechen stößt gewöhnlich auf eine derartig leidenschaftliche Ableugnung oder doch auf so hartnäckige Versuche ihrer Rechtfertigung, daß diese Reaktion auch durch das Bewußtsein von der Beteiligung der deutschen Wehrmacht an den von oben befohlenen Scheußlichkeiten nicht befriedigend erklärt werden kann. Die instinktive Neigung, auf das Dritte Reich «nichts kommen zu lassen» – geschweige denn auf das Zweite Reich, auf Bismarck, Friedrich II. und ihre Vorgänger und geistigen Helfer –, ist so stark, daß man wie vor einer undurchdringlichen Mauer steht.

Natürlich haben die Alliierten – und ich versäumte in Großbritannien nie, das zu betonen – durch ihre Haltung gegenüber dem Nazismus und Faschismus wie besonders durch ihre Nachkriegspolitik viel zu der heutigen Verhärtung des deutschen Volkes beigetragen; eine gründliche Änderung dieses Kurses ist auch für den Erfolg der Umerziehung, die jetzt am deutschen Volke versucht wird, unerläßlich. Aber daß die Hauptarbeit von den Deutschen selbst geleistet werden muß, steht dennoch ganz außer Zweifel – und gerade gegen diese Erkenntnis sträuben sich die meisten von ihnen aufs entschiedenste, mit dem ständig wiederholten Hinweis auf die Ohnmacht Deutschlands und auf die «totale Verantwortung» der «totalen Sieger». Angesichts der Erfahrungen, die man in den deutschen Gefangenenlagern machen kann – und sie sind ja typisch für die Auseinandersetzung mit der großen Mehrheit der Deutschen überhaupt –, ist es wirklich schwer, an die Möglichkeit einer Sinnesänderung beim deutschen Volke zu Lebzeiten der mittleren und älteren Generation zu glauben. Vielleicht daß von der jüngeren und jüngsten Generation mehr zu hoffen ist – vielleicht!

Der Fall Ungarn Außerhalb Deutschlands und der wirtschaftlichen Auseinandersetzungen spielt sich das zähe Ringen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vor allem im Donauraum und auf dem Balkan ab. Der wichtigste Kampfplatz war dabei in den vergangenen Wochen und Monaten *Ungarn*. Nachdem die von der russischen Besetzungsmacht vorgeschickten Kommunisten und ihre Verbündeten planmäßig die Kleinlandwirtepartei zerschlagen hatten, sollten Neuwahlen die Rechte end-

gültig entmachten und die Herrschaft der Linkskoalition festigen. Es ist etwas anders herausgekommen. Trotz den zahlreichen Aberkennungen des Stimmrechts und einem echten ungarischen Wahlbetrug (der übrigens bei 280 000 gefälschten Stimmrechtsausweisen und fünf Millionen tatsächlich Stimmenden das Ergebnis nicht wesentlich beeinflussen konnte) hat die Regierungskoalition infolge der Zersetzung der Kleinlandwirtepartei nur mehr 60 Prozent der Sitze errungen, gegen 98 Prozent, die sie vor zwei Jahren gewann. Die Kommunisten sind mit etwa 22 Prozent aller Mandate immerhin zur stärksten Einzelfraktion geworden, während die Sozialdemokraten ihre bisherige Stärke nur knapp behaupten konnten und die Kleinlandwirtepartei, die nur mehr aus ihrem früheren linken Flügel besteht, von 57 auf 15 Prozent der Gesamtstimmenzahl zurückgefallen ist.

Allein diese zahlenmäßige Schwächung der Linkskoalition wird politisch kaum viel zu bedeuten haben. Die Stärke der neu auf den Plan getretenen Oppositionsgruppen entspricht ja ziemlich genau der Stimmkraft derjenigen Teile der Kleinlandwirtepartei, die nach rechts abgesprengt wurden, stellt also in Wahrheit keinen Machtzuwachs für die bürgerlich-konservativen und faschistischen Elemente dar; es hat sich nur eine klarere Scheidung zwischen links und rechts vollzogen. Darüber hinaus gibt es aber für ein Diktaturregime – und in Ungarn hat man Erfahrung in diesen Dingen – Mittel genug, um die Opposition ganz «legitim» jeder ernstlichen Wirkungsmöglichkeit zu berauben und die Vorherrschaft der Regierungsgruppe sicherzustellen, dies auch dann, wenn die gesäuberte Kleinlandwirtepartei oder die über die Rücksichtslosigkeit der Kommunisten mit Recht aufgebrachten Sozialdemokraten die bisherige Koalition sollten sprengen wollen.

Ja, gerade die Stärke der Opposition und die schwankende Haltung gewisser Koalitionspartner mag für die Machthaber ein Grund mehr sein, drastische Maßnahmen zur Niederhaltung der Rechten zu ergreifen. Denke man doch immer daran, daß Ungarn 25 Jahre Faschismus hinter sich hat, und daß die reaktionären Schichten seit dem Zusammenbruch von 1945 alles daran gesetzt haben, um, wie 1919, mit ausländischer Hilfe wieder zur Macht zu kommen. Der nach Amerika geflüchtete frühere Ministerpräsident Nagy, dessen Beteiligung an einem Staatsstreichkomplott man seinerzeit glaubte lächerlich machen zu dürfen, drückte erst dieser Tage seine Überzeugung aus, «daß das gegenwärtige Regime in Ungarn einzig durch Gewalt entfernt werden könne», wobei er vor allem das Eingreifen «bewaffneter Streitkräfte von außerhalb des Landes» meinte. In Rußland wie in Ungarn selbst hat man jedenfalls die westalliierte Intervention von 1919, Hoovers Aushungerungspolitik und die Gegenrevolution Horthys sowenig vergessen wie die Tatsache, daß ungarische Truppen zusammen mit Hitlers Armeen die Sowjetunion angegriffen haben, daß

Horthy in der amerikanisch besetzten Zone Deutschlands Zuflucht gefunden hat, und daß schon während des Krieges amerikanische Russenfeinde Verbindung mit Tibor Eckhardt hatten, der, bevor er die Kleinlandwirtepartei gründete, einer der engsten Mitarbeiter Horthys war und sich übrigens jetzt ebenfalls in den Vereinigten Staaten aufhält.

Diese Zusammenhänge muß man *auch* im Auge behalten, wenn man den russisch-kommunistischen Diktaturmethoden in Ungarn gerecht werden und verstehen will, warum die äußerste Linke ihrerseits alles aufbietet, um eine neue Gegenrevolution zu verhindern. Und schließlich wollen wir auch die *positiven Leistungen* nicht übersehen, welche die Linkskoalition in den letzten zwei Jahren vollbracht hat, vor allem die Agrarreform, die einen Drittel des ungarischen Ackerbodens dem Großgrundbesitz weggenommen und daraus rund 650 000 Kleinbauerngüter gemacht hat, sodann die Stabilisierung der Währung und die Wiederherstellung des Verkehrssystems wie überhaupt die weitgehende wirtschaftliche Wiederaufrichtung des Landes, die jetzt im Gang ist. Und wenn es nun nach den Wahlen, wie die Kommunisten ankündigen, auch an die Sozialisierung der Großbanken herangehen soll, so weiß die früher herrschend gewesene Klasse nur zu gut, was das zu bedeuten hat; der Widerstand gegen einen solchen «bolschewistischen Umsturz» war, wie es heißt, sogar eine der Haupttriebkräfte, die hinter dem Staatsstreichplan gewisser Rechtskreise standen.

Griechisches Chaos Wird Ungarn mehr und mehr der russischen Einflußzone angegliedert, so ist *Griechenland* kaum viel mehr als ein amerikanisches Protektorat. Die auf Grund der Truman-Doktrin eingeleitete, gegen die Sowjetunion gerichtete «Hilfsaktion» der Vereinigten Staaten entfaltet sich denn auch zurzeit planmäßig. Man genierte sich zwar auf amerikanischer Seite allmählich doch etwas, angesichts des brutalen Kampfes gegen die demokratisch-sozialistisch-kommunistische Opposition, den die reaktionäre Regierung Maximos dank der generösen ausländischen Unterstützung entfesseln konnte. General Zervas, der wilde Mann der «Ordnungskräfte», mußte fallen gelassen werden, und mit ihm fiel auch Maximos selber, dessen Krieg gegen die Partisanen trotz allem militärischen Aufwand – nicht weniger als drei von Amerika ausgerüstete Divisionen waren aufgeboten worden – zu keinem wirklichen Erfolge geführt hatte. Aber das heißt noch lange nicht, daß der Bürgerkrieg damit eingestellt und der Anfang zur Aufrichtung eines halbwegs demokratischen Regimes gemacht worden sei, das dem unglücklichen Lande den inneren Frieden zu bringen Aussicht hätte. Die nach dem Zwischenspiel Tsaldaris unter amerikanischem Druck endlich gelungene Bildung einer Koalitionsregierung unter dem Vorsitz des alten Fuchses

Sophulis, des Führers der Liberalen, soll nur eine respektablere Fassade schaffen, hinter der die Niederschlagung der Opposition erst recht umfassend, vielleicht mit offener amerikanischer Intervention, organisiert werden könnte. Man wird sehen, ob sie diesmal gelingt.

Zwei Tatsachen müssen in diesem Zusammenhang immerhin erwähnt werden. Einmal: Der Versuch, den Kampf der griechischen Widerstandsbewegung als Angriffsakt von seiten Albaniens, Jugoslawiens und Bulgariens – und das soll heißen: Rußlands – hinzustellen, kann schon heute als gescheitert gelten. Gewiß haben die griechischen Freiheitskämpfer im Norden von ihren Kameraden jenseits der Grenze Unterstützung erhalten. Aber die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingesetzte Balkankommission hat eindeutig festgestellt, daß die Guerillatätigkeit nichts mit den vielgenannten Grenzzwischenfällen zu tun habe, die angeblich den Frieden auf dem Balkan bedrohten, und dann ausdrücklich erklärt:

«Es wurden keine beweiskräftigen Zeugnisse beigebracht, die darauf hindeuten würden, daß die Grenzverletzungen, die nicht im Zusammenhang mit der Guerillatätigkeit stehen, von den Regierungen der nördlichen Nachbarn oder Griechenlands herbeigeführt worden seien, daß auf irgendeiner Seite eine Politik planmäßiger Herausforderung betrieben worden wäre, oder daß die Zwischenfälle selbst ein Beweis für die Angriffsabsichten irgendeines Landes seien.»

Sodann: Auch in Griechenland ist es ein Verhängnis, daß anscheinend nur mehr die Wahl zwischen reaktionärer oder kommunistischer Diktatur bleibt. Fenner Brockway, der wohlbekannte englische Sozialist und Pazifist, schrieb darüber letzthin im Glasgower «Forward»:

«Ich hatte diese Woche den Besuch von Gregory Yannis, Mitglied der Geschäftsleitung der Sozialistischen Partei Griechenlands. Er bekräftigt die Auffassung, die auch an dieser Stelle früher geäußert wurde, daß der Haupteinwand gegen die britische Griechenland-Politik der ist, daß sie die Spaltung der Bevölkerung in die beiden Extreme der monarchistischen Reaktionäre und der totalitären Kommunisten fördert. Die Masse des griechischen Volkes will, wie er sagt, weder das eine noch das andere; wenn aber anscheinend nur noch das eine oder das andere möglich sei, dann habe man eben keine andere Wahl. Er erklärt, ein großer Teil der Arbeiter, Bauern und Bürger wünsche Griechenland auf der Linie einer sozialen Demokratie marschieren zu sehen, mit fortschreitender Sozialisierung der Industrie und einer Bodenreform im Rahmen einer demokratischen Republik.»

Daß sich die Labourregierung *dieser* Bewegung nicht viel tatkräftiger annimmt und, nachdem sie die unselige Politik Churchills einigermaßen liquidiert hat, die noch unseligere Griechenlandpolitik Amerikas ohne sichtbaren Widerstand mitmacht, ist tief zu beklagen. Wer anders als ein sozialistisches Großbritannien ist dazu berufen, auf *allen* Fronten den Kampf dafür aufzunehmen, daß Europa *nicht* bloß mehr die Wahl zwischen Faschismus und Kommunismus hat?

Das freie Indien Nun habe ich natürlich in meinem europäischen Egozentrismus den westlichen Angelegenheiten wieder so viel Raum gewidmet, daß ich kaum noch ein paar Dutzend

Linien für *Asien* übrig habe, das doch mehr und mehr in den Mittelpunkt der Weltgeschichte rückt. Und doch muß vor allen Dingen noch ein Wort über *Indien* gesagt werden, dessen förmliche Erhebung zur nationalen Unabhängigkeit *das* große Weltereignis der Berichtszeit ist. Und zwar ist dieses Ereignis so überragend wichtig nicht allein im Blick auf das *Ziel*, das die indischen Völker nunmehr erreicht haben, sondern ebensosehr auch wegen der *Mittel*, mit denen sie es erreicht haben. Denn wenn es auch nicht ganz an Beispielen für die *gewaltlose* Erkämpfung nationaler Unabhängigkeit in der Geschichte fehlt – Norwegen und die Philippinen sind zwei neuere Fälle dieser Art –, so ist es doch das erste Mal, seit wir wissen, daß ein Land von diesem Riesenumfang und dieser ungeheuren Volkszahl seine Freiheit von ausländischer Beherrschung nicht durch organisierte Gewalt, nicht durch Haßerregung und Blutvergießen gewonnen hat, sondern im wesentlichen durch friedliche Geduld, durch guten Willen und stete Verständigungsbereitschaft, und das inmitten einer Welt, die als erstes und letztes Mittel der Könige wie der Völker immer nur Gewalt und wieder Gewalt kennt! Es *ist* möglich, sein Recht zu behaupten oder zu gewinnen, ohne an die Waffen zu appellieren – einzig durch den beharrlichen Willen, nicht nur kein fremdes Unrecht *anzunehmen*, sondern auch selbst kein Unrecht zu *tun*. Das ist die Lehre Indiens, eine Lehre von solcher Größe und Eindrücklichkeit, daß die Unterdrückten und um die Erringung oder Verteidigung ihrer Freiheit kämpfenden Völker und Klassen der ganzen Welt Grund haben, aufs ernsteste darüber nachzudenken – und entsprechend zu handeln. Wenn zum Beispiel Rußland, das Land der sozialistischen Revolution, sich entschließen könnte, in der Verteidigung seines Lebensrechtes auf die hergebrachten Mittel nationaler «Realpolitik» zu verzichten und seine Selbstbehauptung einzig auf das gute Recht seiner Sache zu begründen – welche Umwälzung der ganzen Weltlage müßte sich daraus ergeben!

Utopie? Nein, völlig nüchterne Möglichkeit! Indien hat es bewiesen, hat allen schweren Anfechtungen zum Trotz an seinem «phantastischen» Vorsatz festgehalten, und der Mann, dem es mehr als irgendeinem andern Einzelmenschen zu danken ist, daß es diesen Weg bis zum guten Ende gehen konnte, der sein Land und Volk von den üblichen Methoden des militärischen Aufstandes abgebracht hat, die es früher selbst anwandte, und die auch jetzt wieder in Indonesien und Indochina im Schwange sind, dieser Mann ist der Mahatma *Gandhi*. Welche Schrullen und gefährlichen Eigenschaften ihm sonst auch anhaften mögen – und wir hatten zuweilen allen Grund, seine Weisheit anzuzweifeln –: *dieser* Ruhm wird ihm für immer bleiben. Denn wenn sich auch die indische National- und Freiheitsbewegung nie grundsätzlich zur Gewaltlosigkeit bekannt und sie immer nur als

taktisches Kampfmittel, im Sinne des passiven Widerstandes, benützt hat, so steht es doch unbedingt fest, daß bei allen hohen Verdiensten, die sich etwa ein Nehru erworben hat, in erster Linie die Predigt und das Vorbild Gandhis es fertiggebracht haben, daß der indische Unabhängigkeitskampf gegen Großbritannien verhältnismäßig so gewaltlos durchgeführt werden konnte, wie das tatsächlich der Fall gewesen ist. Auch die scheußlichen Metzeleien, die sich nun, nach der Befreiung, zwischen Hindus, Mohammedanern und Sikhs abspielen, und die das Bild der indischen Volkwerdung so sehr beschmutzen, vermögen an dieser Feststellung nichts zu ändern; und im übrigen ist es auch hier wiederum Gandhi, dessen moralische Autorität dazu beiträgt, diese inneren Kämpfe nicht noch blutiger werden zu lassen, als sie es ohnehin sind.

Großbritannien hat seinerseits das, was in *seinen* Kräften stand, getan, um zu dem großartigen Ergebnis zu kommen, das nun vor der Welt dasteht, vor allem das liberale und sozialistische Großbritannien; denn wenn es auf die Konservativen angekommen wäre, die jetzt mit saurem Gesicht, ja grollend und die Labourregierung anklagend, die Räumung Indiens zur Kenntnis nehmen – die jüngste Geschichte des britisch-indischen Verhältnisses wäre anders verlaufen.

Daß mit der Gewinnung seiner politischen Unabhängigkeit die Probleme Indiens noch keineswegs gelöst sind, sondern nur bestimmte Vorbedingungen für ihre Lösung geschaffen wurden, vergessen wir freilich keinen Augenblick. Es bleibt das Problem der Beziehungen von *Hindus* und *Mohammedanern* – die Teilung Indiens in zwei Hälften kann nicht das letzte Wort sein –; es bleibt das Problem der *wirtschaftlichen* Unabhängigkeit Indiens vom Ausland; und es bleibt namentlich das *soziale* Problem, dessen ungeheure Schwere durch den Aufstieg des kapitalistischen Bürgertums zu nationaler Selbstregierung kaum wesentlich gemildert worden ist. Es wird tiefer Einsicht und großer Tatkraft von seiten der Führer des neuen Indiens bedürfen, um die vor ihnen liegenden Aufgaben zu bewältigen. Aber der Geist, in dem nunmehr die Unabhängigkeitsfrage gelöst worden ist, gibt doch eine gewisse Gewähr für eine glückliche Lösung auch der andern Lebensfragen Indiens. Und wer weiß, ob dieser Geist der Gewaltlosigkeit und des guten Willens nicht auch entscheidend wirksam werden kann bei der Lösung der großen Weltprobleme, der sozialen wie der politischen, die ihn so nötig haben wie kaum etwas anderes!

Die Teilung Palästinas

Die Palästinafrage ist mit dem sie kennzeichnenden Zweifrontenkampf der Juden und Araber gegeneinander und gegen die ihnen beiden verhaßte fremde Oberherschaft der bisherigen indischen Frage nicht unähnlich. Gerade darum muß man so dringend wünschen, daß etwas von dem Geiste, der Indien freigemacht hat, auch auf Palästina ausstrahlen möge. Durch

die wenn auch sehr verschieden geartete Schuld aller drei Hauptbeteiligten ist ja hier eine Lage entstanden, aus der dauernd nur mehr durch die Annahme einer *neuen* Haltung und *neuer* Methoden herauszukommen ist. Haben die Engländer durch die Nichterfüllung des Balfour-Versprechens (das allerdings vielleicht gar nicht erfüllt werden *konnte*) und durch *Repressionshandlungen*, wie die bestürzende Umleitung der viertausend verunglückten jüdischen Auswanderer nach Deutschland, verhängnisvolle und zum Teil schwer begreifliche Fehler begangen, so ist es ganz gewiß auch von einem Teil der Juden verkehrt, die Einwanderung nach Palästina in einer Art organisierter Verzweiflung mit aller Gewalt erzwingen zu wollen. Das ganz ungewohnte Aufflammen eines heftigen Antisemitismus in England, der sich sehr natürlicherweise mit einem richtigen Faschismus verbunden hat, sollte diesen Juden immerhin einiges sagen! Und daß vollends der arabische Nationalismus, dessen klassenmäßige Hintergründe unverkennbar sind, jede anständige und dauerhafte Lösung des Palästinaproblems unmöglich machen würde, wenn er nicht überwunden werden könnte, das liegt erst recht auf der Hand.

Die nunmehr von der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen mit großer Mehrheit vorgeschlagene *Teilung* Palästinas in zwei unabhängige Staaten eröffnet aus dieser Lage einen Ausweg, der trotz allen Bedenken dankbar begrüßt werden muß und, abgesehen von den Fanatikern auf beiden Seiten, weit herum auch als durchaus gangbar anerkannt wird. Nicht zuletzt ist die grundsätzliche Zustimmung des Zionistenkongresses dazu ein hoffnungsvoll stimmendes Zeichen. Auf welch andere Weise als durch die Teilung Palästinas Großbritannien von seinem immer undankbarer werdenden Mandat loskommen soll, ist jedenfalls schwer ersichtlich; die Vereinten Nationen werden ihm während der Übergangszeit freilich die Verantwortung für die geordnete Übertragung der Macht an die neuen Regierungen zum Teil abnehmen müssen.

Nur muß man sich klar darüber sein, daß auch *diese* Lösung der Palästinafrage bloß *vorläufigen* Charakter haben kann. Ihre Dauerlösung wird anders aussehen müssen, aber erst möglich sein, wenn die Weltlage jene durchgreifende Umgestaltung und Gesundung erfahren haben wird, die wir alle erhoffen. Die geistigen und materiellen Voraussetzungen für eine solche Revolution zu schaffen, das bleibt als *die* überragende Aufgabe unserer Zeit im Zentrum unseres Lebens und Strebens stehen.

10. September. *Hugo Kramer.*